

# Ein Kandidat für jeden Geschmack

Der künftige EU-Wettbewerbskommissar Almunia schmeichelt dem Parlament / Von Werner Mussler

BRÜSSEL, 13. Januar. Gegen Ende meldet sich noch der CSU-Abgeordnete Markus Ferber zu Wort. Er verweist auf die bevorstehenden kartellrechtlichen Gesetzesvorhaben und räumt ein, „dass die mich inhaltlich nicht so interessieren“. Was ihn aber sehr bewegt: Gedenke sich der neue EU-Wettbewerbskommissar denn während der Gesetzgebung eng mit dem Europaparlament abzustimmen? „Wir haben da ja sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht: Karel Van Miert hat uns immer auf dem Laufenden gehalten. Ihre unmittelbare Vorgängerin hat sich dagegen sehr rar gemacht.“ Joaquín Almunia lässt ein verschmitztes Lächeln aufblitzen und sagt: „Da können Sie ganz sicher sein: Ich werde mit dem Parlament weit besser zusammenarbeiten als der Beste meiner Vorgänger.“

Es ist dies eine Botschaft, die die Europaabgeordneten hören wollen: Der künftige EU-Wettbewerbskommissar nimmt sie ernst, obwohl sie in seinem Beritt denkbar wenig zu sagen haben. Während sich nebanan die bulgarische Kandidatin Rumiana Scheleva durch die Anhörung stottert, ist die Befragung für Almunia ein Spaziergang. Dass er sich so leicht tut, hat mehrere Gründe. Zum einen ist der Spa-

nier im zuständigen Parlamentsausschuss für Wirtschaft und Währung wohlbekannt. In seinem bisherigen Amt als Wirtschafts- und Währungskommissar ist er regelmäßig dort aufgetreten. Darüber hinaus wird deutlich: Fachlich ist Almunia über jeden Zweifel erhaben.

Wo vor fünf Jahren die nervöse Kandidatin Neelie Kroes eine Wissenslücke nach der anderen offenbarte, ist Almunia locker. Den meisten Abgeordneten bescheinigt er, kluge Fragen zu stellen, gibt ihnen irgendwie recht – und lässt sich von ihnen nicht festlegen. So kommt es, dass schon selbst der widerborstige Österreicher Hans-Peter Martin generös feststellt, Almunia sei ja ein „Profi“, gegen den man nichts haben könne.

Mit dem Grünen-Abgeordneten Sven Giegold ist sich Almunia einig, dass unfairer Steuerwettbewerb etwas Verdammenswertes sei – wohl wissend, dass er als Wettbewerbskommissar kaum Handhabe

hat, dagegen vorzugehen. Mit seiner alten Kollegin Danuta Hübner, der früheren EU-Regionalkommissarin aus Polen, teilt Almunia die Sorge, dass in der Finanzkrise zu viele Staatshilfen aufgetürmt wurden – ohne zu erklären, wie er sie wieder abbauen will. Der französischen Liberalen Sylvie Goulard gesteht er zu, dass nicht jede Staatshilfe schlecht ist. Dem britischen Konservativen Ashley Fox, der ihn nach seinen Plänen zur Verwendung der Mittel aus Kartellbußen fragt, erklärt er geduldig, dass es dafür Regeln gebe, die er weder ändern wolle noch könne. Nur ganz gelegentlich kann Almunia nicht umhin, den Ideen der Abgeordneten zu widersprechen. Mürrisch wird er, als die von Präsident Nicolas Sarkozy nach Brüssel abgeschobene frühere französische Justizministerin Rachida Dati Sarkozys Vorschlag von Klimazöllen propagiert und behauptet, es sei schließlich die Aufgabe der Kommission, die europäische Industrie zu schützen. Almunia sagt, was er sagen muss: dass es für den Klimaschutz andere Instrumente gebe und Protektionismus „das Letzte ist, was der europäischen Industrie hilft“.

Wer sich von der Anhörung Hinweise auf die künftige Ausrichtung der Wettbe-

werbspolitik erwartet hat, dürfte enttäuscht sein. Auf die Frage des deutschen Linken Jürgen Klute nach seiner Einstellung zu den Landesbanken antwortet Almunia mit dem Gemeinplatz, dass die wettbewerbsrechtliche Behandlung von Banken von deren Management, nicht von deren Rechtsform abhängt. Zu den Plänen vor allem seiner Vorgängerin zugunsten der Stärkung von Sammelklagen im Kartellrecht sagt er eine „weitere Prüfung unter enger Einbeziehung des Parlaments“ zu.

Die Begeisterung der Abgeordneten für den Spanier war nach der Anhörung jedenfalls fast ungeteilt. Ihren Pressemitteilungen lässt sich entnehmen, dass Almunia gerade ihr spezielles Anliegen besonders würdige. Der CDU-Abgeordnete Andreas Schwab ließ lange vor Ende der Anhörung wissen, dass sich Almunia besonders für kleinere und mittlere Unternehmen einsetzen werde. Der SPD-Abgeordnete Udo Bullmann lobte, dass der Kommissar besonders gegen „unverantwortliche Bonuszahlungen“ kämpfen werde. Vielleicht merken die Abgeordneten irgendwann, dass er für viele ihrer Anliegen nicht wirklich zuständig ist. Aber bis dahin wird er längst in Amt und Würden sein.